

Die klassische Beschäftigungstheorie und -politik

Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 65, 09.09.1977, Seite 2

Die Beseitigung der nach allgemeiner Ansicht zu hohen Arbeitslosigkeit ist heute das wirtschaftspolitische Problem Nummer eins. Um dieses Problem lösen zu können, braucht man eine Theorie, die erklären kann, warum es seit etwa drei Jahren in der Bundesrepublik rd. 1 Million Arbeitslose gibt. Hat man nämlich eine solche erklärungskräftige Theorie, kennt man auch die möglichen Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

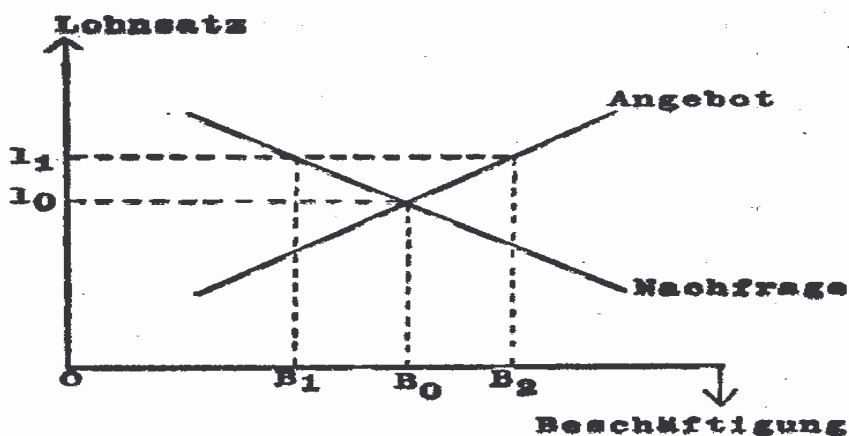
Nun ist es auch in den Wirtschaftswissenschaften nichts Neues, daß es konkurrierende Theorien gibt, um ein bestimmtes Phänomen zu erklären. Das ist auch bei dem Phänomen Arbeitslosigkeit der Fall. Die erste Theorie, die in diesem Beitrag dargestellt werden soll, nenne ich „klassisch“ deswegen, weil sie bis in die 30er Jahre — bis Keynes — herrschende Lehre in Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheorie war, allerdings auch heute noch — oder wieder — von Politikern und Wissenschaftlern vertreten wird. Die zweite Theorie, die auf den Gedanken von Keynes aufbaut, und die dritte Theorie, die in der Arbeitsverknappung die Lösung sieht, sollen später beschrieben werden.

Die „klassische“ Theorie hat der Sachverständigenrat in dem folgenden Satz schlagwortartig zusammengefaßt: „In einer Marktwirtschaft kann es den Fall einer mehr als nur vorübergehenden unfreiwilligen Arbeitslosigkeit eigentlich gar nicht geben, außer wenn für Arbeit ein zu hoher Preis festgesetzt ist.“ Daraus ergeben sich logischerweise als mögliche Konsequenzen für die heutige Arbeitslosigkeit:

1. die Marktwirtschaft existiert nicht mehr;
2. die Arbeitslosigkeit ist nur vorübergehend;
3. die Arbeitslosigkeit ist freiwillig;
4. der Preis für Arbeit ist zu hoch.

Auch wenn die Argumente 1 bis 3 durchaus für Teile der Arbeitslosigkeit diskussionswürdig sind, so soll wegen der Wichtigkeit — auch wegen der Aktualität — das Argument 4 näher analysiert werden.

Die Grundlage dieser Aussage ist die mikroökonomische Preistheorie, die sich mit einzelnen Unternehmen, Branchen und Industriezweigen aber nicht mit der Gesamtwirtschaft beschäftigt und die den Marktpreis und die abgesetzte Menge eines Gutes — auch die Dienstleistung eines Arbeitnehmers ist in diesem Sinne ein „Gut“ — durch Angebot und Nachfrage auf einem bestimmten Markt erklärt. Dies wird in dem Schaubild 1 deutlich.



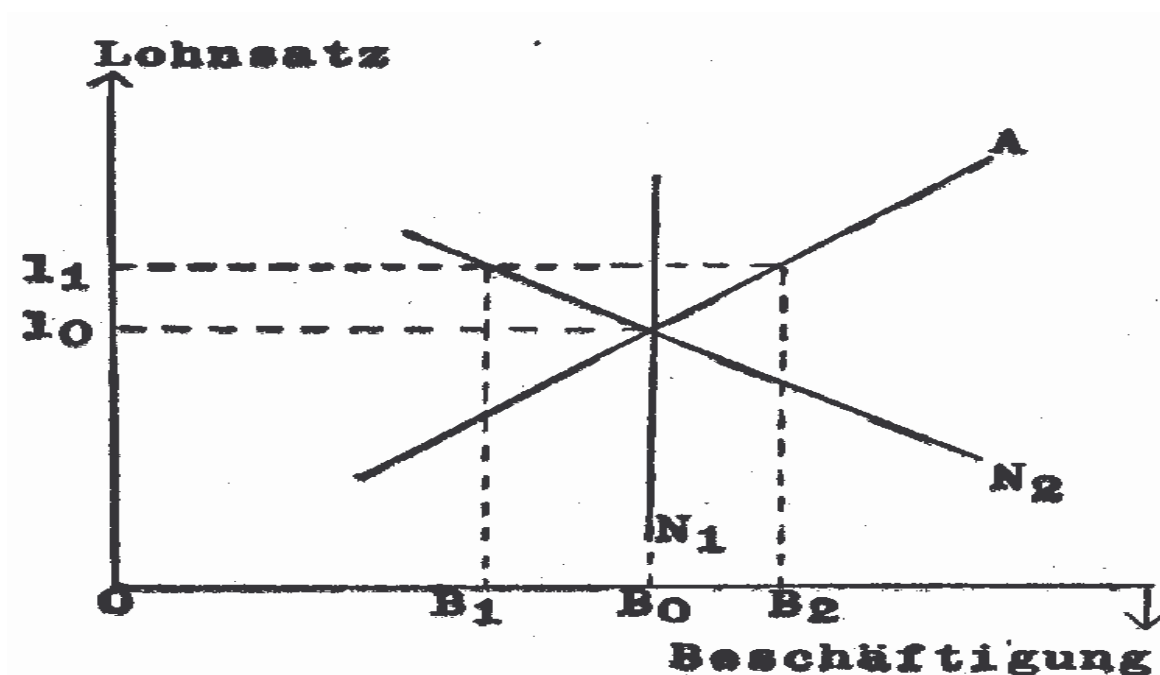
Das Angebot und die Nachfrage nach Arbeit, die Lohnrate, und zwar in der Weise, daß das Angebot desto höher (niedriger) ist, je höher (niedriger) der Lohn und die Nachfrage mit sinkendem (steigendem) Lohn zunimmt (abnimmt). Bei dem Lohnsatz I_0 stimmen Angebot und Nachfrage überein, es herrscht auf diesem Markt Vollbeschäftigung. Arbeitslosigkeit — ein Überangebot an Arbeit in Höhe von $B_1 - B_2$ ist bei dem Lohnsatz I_1 gegeben, der also im Hinblick auf die Vollbeschäftigung zu hoch ist. Dieses Überangebot an Arbeit würde aber auf Konkurrenzmärkten — so die klassische Theorie — solange auf den Lohn drücken, bis das Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung bei niedrigerem Lohn wiederhergestellt wäre.

Als Erklärung dafür, daß in der Realität die Arbeitslosigkeit andauert, bietet sich daraus an, daß die Löhne (und Lohnnebenkosten) durch die Monopolmacht der Gewerkschaften und die staatliche Macht über dem Gleichgewichtslohn bei Konkurrenz gehalten werden. Die Gewerkschaften und der Staat sind also „schuld“ an der Arbeitslosigkeit. Die Implikationen für die Wirtschaftspolitik liegen auf der Hand: Will man die Arbeitslosigkeit beseitigen, müssen die Macht der Gewerkschaften und die Eingriffe des Staates in den Arbeitsmarkt zukünftig verringert werden.

Hält man sich die Tragweite dieser Aussage vor Augen, zeigt sich ganz deutlich eine Schwierigkeit, die bei der Umsetzung jeder Theorie in die Praxis auftritt: aus einer Theorie ergeben sich immer bestimmte mögliche Maßnahmen für die Politik, ob die Politiker sie aber durchsetzen wollen oder können, steht auf einem anderen Blatt. Die Frage nach der politischen Durchsetzbarkeit einer Theorie ist wichtig, genauso ist aber die Frage danach, ob eine Theorie selbst der logischen empirischen Kritik standhält.

Prämissen der Theorie

Auch die klassische Theorie geht von bestimmten Prämissen (Annahmen) aus, die kritisch unter die Lupe genommen werden müssen. Schaut man sich daraufhin noch einmal das Schaubild 1 an, so wird deutlich, daß die Beschäftigungswirkung einer Lohnsenkung von der Lage und Neigung der Angebots- und Nachfragekurve abhängt.



Wäre z.B., wie in Schaubild 2 dargestellt, die Nachfragegerade N_1 eine Parallele zur Lohnachse, so hätte eine Lohnsenkung von I_1 nach I_0 keinerlei Beschäftigungseffekte, während es bei der

„elastischeren“ Nachfragegerade N_2 positive Beschäftigungseffekte (von B_1 nach B_0) gibt. Offensichtlich sind also die Beschäftigungseffekte einer Lohnsenkung bzw. Lohnerhöhung um so größer, je elastischer die Nachfrage nach Arbeit ist.

Diese Preiselastizität der Nachfrage“ nach Arbeit wiederum ist um so größer,

- (1) je größer der Kostenanteil des Faktors Arbeit am Endprodukt,
- (2) je elastischer die Nachfrage nach dem produzierten Gut,
- (3) je leichter die Faktorsubstitution möglich und
- (4) je elastischer das Angebot gleichartiger Faktoren ist.

So hat gemäß (1) eine Lohnsenkung (Lohnerhöhung) in arbeitsintensiven Branchen einen größeren positiven (negativen) Beschäftigungseffekt als in kapitalintensiven.

Gemäß (2) wird ein Unternehmen, das auf seinem Absatzmarkt Kostensteigerungen leicht auf seine Abnehmer überwälzen kann, auch Lohnsteigerungen nicht so schnell zum Anlaß nehmen, Arbeitnehmer zu entlassen; während Unternehmen, die in hartem Preiswettbewerb stehen, eher mit Beschäftigungseinschränkungen reagieren.

Gemäß (3) sind bei Lohnerhöhungen die Arbeitsplätze besonders derjenigen gefährdet, deren Arbeitsleistung leicht durch Maschinen ersetzt werden kann, was besonders für die am wenigsten Qualifizierten zutrifft.

(4) weist schließlich darauf hin, daß diejenigen bei Lohnerhöhungen durch Arbeitslosigkeit besonders stark bedroht sind, deren Kenntnisse nicht über den Durchschnitt hinausragen.

„Die“ Folgen einer Lohnsenkung bzw., einer Lohnerhöhung für „die“ Beschäftigung kann es also nicht geben, da die Bedingungen in den einzelnen Unternehmen, Branchen und Industriezweigen und damit auch an den verschiedenen Arbeitsmärkten sehr unterschiedlich sind.

Die bisherige Analyse hat sich darauf beschränkt, die Folgen einer Lohnänderung auf einem bestimmten Arbeitsmarkt bei „gegebenen“ Angebots- und Nachfragekurven, die eine unterschiedliche Elastizität aufweisen können, abzuleiten. Nur so, dadurch, daß „alles andere gleich bleibt“, oder wie die Ökonomen auch sagen „ceteris paribus“ lassen sich überhaupt eindeutige Schlussfolgerungen ziehen. Nur muß jeder, der diese Theorie als Instrument der Erklärung und Prognose von Ereignissen in der wirtschaftlichen Realität verwendet, daran denken, daß ein wichtiger Bestandteil dieser Theorie eben diese ceteris-paribus-Klausel ist.

Nachfrage nach Arbeit eine abgeleitete Nachfrage

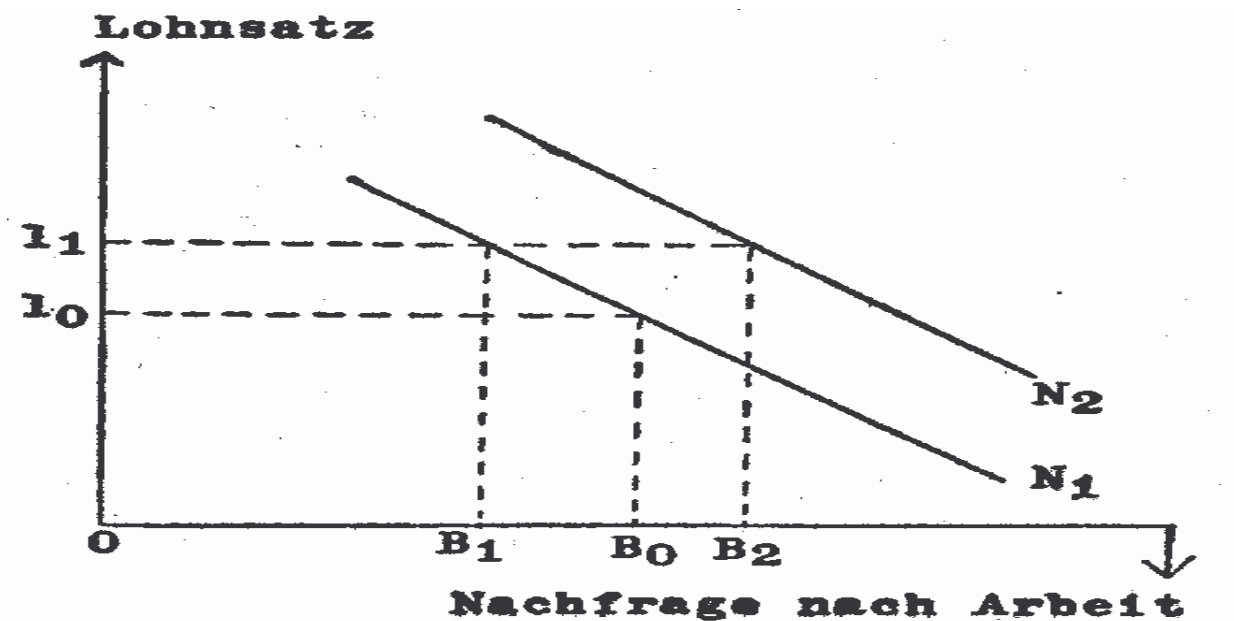
Die Probleme, die dadurch auftreten, sollen am Beispiel der Nachfrage der Arbeit exempliert werden. Die Nachfrage ist eine „abgeleitete“ Nachfrage, d.h. daß z.B. die Automobilindustrie Facharbeiter nicht deswegen sucht, weil sie vielleicht schöne blaue Augen haben, sondern weil sie gebraucht werden, damit der Mehrnachfrage nach Autos auch nachgekommen werden kann.

Ganz allgemein gesehen, geht die hier besprochene ökonomische Theorie davon aus, daß jeder Unternehmer, der einen Arbeitnehmer einstellt (oder auch entläßt), sich die Frage stellt, was er einerseits dem Unternehmen kostet und was er andererseits dem Unternehmen an Nutzen erbringt. Fällt der Vergleich positiv aus, so wird er den Arbeitnehmer einstellen, fällt er negativ aus, so wird er auf seine Einstellung verzichten bzw. ihn zu entlassen versuchen.

Damit ist klar, daß die Kosten eines Arbeitnehmers (Lohn + Lohnnebenkosten) nur ein Faktor in der Nachfrageentscheidung des Unternehmens darstellen, andere Faktoren sind die Leistung des

Arbeitnehmers und die Absatzmöglichkeiten für das mit Hilfe des Arbeitnehmers produzierte Gut, sei es eine Ware oder eine Dienstleistung.

Der Lohn eines Arbeitnehmers mag also noch so niedrig sein: wenn das Produkt, das mit seiner Hilfe erstellt wird, nicht absetzbar ist, ist auch die Nachfrage nach seiner Leistung gleich Null. Für den umgekehrten Fall gilt entsprechend, daß ein sehr hoher Lohnsatz dann nicht zu hoch ist, wenn die Verhältnisse solcher auf dem Absatzmarkt solche sehr hohen Löhne zulassen. Auch dies läßt sich in einem einfachen Diagramm (siehe Schaubild 3) darstellen.



Geht man von einem Lohnsatz I_0 aus, so liegt die dazu „passende“ Nachfrage gemäß N_1 bei B_0 . Steigt nun der Lohnsatz auf I_1 , so sinkt, bleiben wir auf der Nachfragekurve N_1 , die Nachfrage nach Arbeit auf B_1 . Verschiebt sich aber gleichzeitig die Nachfragekurve nach N_2 , weil sich z.B. die Lage auf dem Absatzmarkt verbessert hat, so geht trotz steigenden Lohnes die Nachfrage nach Arbeit über B_0 hinaus auf B_2 .

Man sieht also, daß die oben so eindeutigen Folgen einer Lohnsenkung (oder Lohnerhöhung) relativiert werden, wenn man die ceteris-paribus-Klausel lockert.

Grenzen der Theorie des partiellen Gleichgewichts

Methodisch unzulässig ist es aber auf jeden Fall, wenn man — was häufig geschieht — die unter den oben genannten Bedingungen (folge)-richtige Prognose, daß eine absolute oder relative Lohnsenkung (Lohn im Verhältnis zu anderen Faktoren) einen positiven Beschäftigungseffekt in einem Unternehmen, für eine Branche oder auch in einer Industrie ausübt, auf die Gesamtwirtschaft überträgt.

Eine solche gesamtwirtschaftliche Schlußfolgerung geht über die Möglichkeiten der mikroökonomischen Preis- und Lohntheorie und ihrer ceteris-paribus-Klausel hinaus. Die Aussage etwa, daß eine bundesrepublikanisch weite generell überall gleich hohe Lohnsenkung bzw. geringere Lohnsteigerung die Arbeitslosigkeiten verringere, läßt sich durch die hier beschriebene Theorie nicht begründen. Denn sie ist eine Theorie des partiellen Gleichgewichts auf einem bestimmten einzelnen Markt, während man für die Prüfung einer solchen Aussage eine Theorie des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts braucht.

